



LÖSUNGSANSÄTZE FÜR DEN UKRAINE-KONFLIKT

—

Vorschläge der Teilnehmer des Diskussionsprojekts „Deutschland und der Ukraine-Konflikt“

Inhalt

0. Einleitung.....	2
1. Lösungsansätze aus dem Bereich der Zivilgesellschaft	4
1.1. Städtepartnerschaften und Gründung bzw. Weiterentwicklung von lokalen bilateralen Initiativen unter dem Gesichtspunkt des Bürgerengagements	4
1.2. Friedensarbeit	6
1.3. Gesellschaftskultur	8
1.4. Vertrauensbildung.....	9
1.5. Befähigung der ukrainischen Bevölkerung zur gewaltfreien Friedenssicherung	11
1.6. Medienberichterstattung:	13
2. Politische Lösungsansätze	14
2.1. Verantwortlichkeit der EU.....	14
2.2. Möglichkeiten für einen deutschen Beitrag.....	17
2.3. OSZE	19
2.4. Außenpolitische Neutralität	20
3. Schlussbemerkung.....	23



0. Einleitung

Im ersten Ergebnispapier „Problemursachen – Einschätzungen aus Teilnehmer-Sicht“ des Debattierprojekts „Deutschland und der Ukraine-Konflikt“ haben wir die möglichen Gründe des Konflikts in und um die Ukraine und seiner Eskalation dargestellt. Hier wollen wir uns nun verschiedenen Ansätzen zur Lösung des Konflikts widmen.

Die Folgen dieses Konfliktes betreffen nicht nur die Ukraine, sie prägen auch die Beziehungen zwischen Russland und der westlichen Welt. Das Verhältnis ist auf einem Tiefpunkt und manche sprechen bereits von einem neuen Kalten Krieg.

Trotz aller politischen und diplomatischen Anstrengungen ist eine dauerhafte Lösung des Konfliktes bislang nicht in Sicht. Auch die Waffenruhe nach dem Minsker Abkommen ist brüchig, immer wieder kommt es zu Gefechten.

In unseren Lösungsansätzen geht es nicht darum, für die eine oder andere Regierung Partei zu ergreifen, sondern für die Bevölkerung der Ukraine nachhaltige Lösungen für den aktuellen Konflikt zu finden. Dafür sind auf die Zukunft gerichtete Lösungsvorschläge meist zielführender als endloses Verhandeln über geschichtliche Interpretationen.

Das vorliegende Papier versammelt eine Reihe von voneinander unabhängigen, einzelnen Lösungsansätzen, die von Teilnehmern des Debattierprojekts „Deutschland und der Ukraine-Konflikts“ ausgearbeitet worden sind. Dabei wird kein Anspruch auf Vollständigkeit, Neutralität oder absolute politische Machbarkeit zu erheben. Es handelt sich auch nicht um schrittweisen Maßnahmenkatalog, sondern um einer Sammlung einzelner Lösungsideen. Es sind frische Ideen von Interessierten, die aber größtenteils keinen spezifischen außenpolitischen Hintergrund haben.

Das Ziel des vorliegenden Textes ist es nicht, eine wissenschaftliche Analyse zum Thema abzugeben oder spezifische Politikberatung durchzuführen, sondern die Meinungen und Ansätze der Bürger in Deutschland, die sich mit dem Thema beschäftigen, widerzuspiegeln.



Der Text gibt also ein direktes Bild des Verständnisses der Krise in der Ukraine durch die Autoren wider, dazu gehören auch deutschsprachige Teilnehmer mit russischem und ukrainischem Hintergrund. Das Papier entspricht dem Beutelsbacher Konsens, einem Grundsatz der politischen Bildung in Deutschland. Das heißt, alle in der Diskussion vorhandenen Meinungen haben Eingang in diesen abschließenden Text gefunden. Nicht alle Teilnehmer stehen hinter allen aufgeführten Ansätzen.

Manche sagen, dass der Schlüssel zum Frieden in der Ukraine weder in Kiew noch in Berlin liegt, und schon gar nicht im Brüsseler NATO-Hauptquartier, sondern eigentlich in Moskau. Gleichzeitig bedarf es in der aktuellen Situation auch Unterstützung von außen. Ohne Berlin z.B. wäre das Minsker Abkommen nicht zustande gekommen. Denn das, was in den deutschen Medien unter der Floskel „Ukraine-Konflikt“ läuft, ist nicht (nur) ein Konflikt in der Ukraine oder um die Ukraine.

Es scheint vielmehr ein grundsätzlicher Konflikt zwischen der Europäischen Union auf der einen und der Russischen Föderation, genauer gesagt ihrer Staatsführung, auf der anderen Seite zu sein. Und dieser Konflikt wird unter anderem auf dem ukrainischen Territorium ausgetragen, aber nicht nur dort und nicht nur mit militärischen Mitteln.

Daher sind neue Ideen und Wege notwendig, um eine friedliche Zukunft in der Region zu entwickeln und zu ergründen, welchen Anteil Deutschland dabei leisten kann. Neben dem akuten Krisenmanagement stellt sich die Frage, wie eine dauerhafte politische und militärische Konfrontation in Europa verhindert werden kann.

Dieser Aufgabe haben sich Teilnehmer unterschiedlichster Hintergründe im Debattierprojekt „Deutschland und der Ukraine-Konflikt“ gestellt.

Das Ergebnispapier fasst die einzelnen Debattenbeiträge und Ideen für eine friedliche europäische Zukunft zusammen.



1. Lösungsansätze aus dem Bereich der Zivilgesellschaft

Ein Wandel in der internationalen Sicherheitspolitik wird erst erfolgen, wenn sich die Ukraine und Russland auch im Inneren wandeln. Die ukrainischen und russischen Zivilgesellschaften verdienen daher in ihrem Streben nach einem rechtsstaatlichen und demokratischen Staat die Unterstützung der Europäischen Union. Die EU sollte – etwa über Kulturförderung wie das Creative Europe Desk – den kulturellen Austausch mit der Zivilbevölkerung in Russland und den dort noch aktiven demokratischen Verbänden suchen. Der Gesprächsfaden zur demokratischen Opposition sollte genutzt werden, um russische Bürgerrechtler moralisch, informationell und juristisch zu unterstützen und Ihnen im Einzelfall bei Repressionen durch die Staatsgewalt international politisches Gehör zu verschaffen. Zugleich sollte die EU durch die Unterstützung auf allen zivilgesellschaftlichen – vom Jugendaustausch über Kulturförderung bis zu Umweltorganisationen – und politischen Ebenen der Ukraine aufzeigen, dass insbesondere die Bekämpfung der Korruption und die Entflechtung von Wirtschaft, Politik und Verwaltungen möglich sind und nicht zu einem Chaos führen müssen wie im Demokratisierungsprozess in den 1990er Jahren.

1.1. Städtepartnerschaften und Gründung bzw. Weiterentwicklung von lokalen bilateralen Initiativen unter dem Gesichtspunkt des Bürgerengagements

Die Notwendigkeit, die ukrainische Zivilgesellschaft als innenpolitische Reformbeschleunigerin zu stärken, wird von Politik, Wissenschaft und Medien immer wieder betont. Zugleich wird von einem bedeutenden kulturpolitischen Werkzeug wenig Gebrauch gemacht: Städtepartnerschaften und die damit verbundene regionale Zusammenarbeit.

Der ukrainische Staat verfügt über eine veraltete, dringend sanierungsbedürftige Verwaltungsstruktur. Vor allem die kommunale Ebene stammt größtenteils aus der Sowjetzeit und erlebte in den vergangenen Jahren nur oberflächliche Schönheitsreparaturen. Die Formel „starke Kommunen – starker Staat“ existierte in den Köpfen der Regierenden nicht. Die lokale Ebene wurde in der ukrainischen Innenpolitik aus verschiedenen Gründen, darunter übertriebene Zentralisierung und nebulöse Kompetenzabgrenzung zwischen Kiew und den Kommunen, vernachlässigt. Derzeit wird in der Ukraine ein Dezentralisierungskonzept diskutiert. Erste Schritte wie die Einführung des kommunalen Haushaltsrechts wurden bereits umgesetzt.



Diese schwierigen Prozesse der (auch international geforderten) Neugestaltung der ukrainischen Verwaltungslandschaft und das Modernisierungsprojekt im Allgemeinen sollte Deutschland fachmännisch unterstützen.

Deutschland wird in der ukrainischen Öffentlichkeit als Beispiel eines funktionierenden, nicht zentralistischen Staates gelobt. Doch offizielle Vertreter der deutschen Exekutive sowie die regierungsnah Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit ([GIZ](#)) haben oftmals politisch gebundene Hände und können nur in enger Kooperation mit den ukrainischen staatlichen Stellen agieren.

Die Zivilgesellschaft hat hingegen mehr Spielräume. In der deutschen Vereinswelt engagieren sich Menschen, die in ihrem Umfeld bzw. in ganz Europa etwas bewirken und verbessern wollen. Dieses Potential wird in der Ukraine gebraucht. Unter den Mitgliedern der Städtepartnerschafts- und Kulturvereine sind amtierende und ehemalige Kommunalpolitiker, Verwaltungsangestellte und Beamte, Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaftler, Richter und Geschäftsleute zu finden. Diese Aktiven hatten lange praktische Erfahrung in der funktionierenden Demokratie (Gesetzeslage und Umsetzungsprozedere, Rechtsprechung, Hindernisse). Sie können sich als unabhängige Berater einbringen und mit ihren Verbesserungsvorschlägen selbst der kleinsten ukrainischen Verwaltungseinheit Beistand gewähren.

Dabei ist eine geographisch breitere Präsenz der Initiativen innerhalb der Ukraine relevant. Bisher haben nicht alle ukrainischen Großstädte eine Partnergemeinde in Deutschland. Die Regionen kommunizieren mit den deutschen Stellen und mit der deutschen Gesellschaft nur über die formellen Kiewer Kanäle. Denn im Rahmen des Dezentralisierungsprozesses ergibt sich (unter Beachtung der Rahmgebungskompetenzen der Zentralregierung) die Gelegenheit, sich Rat zu kommunalpolitischen Alltagsfragen zu holen, sich über regionalspezifische ausländische Erfahrungen zu informieren, diese an nationale Realität anzupassen und möglichst produktiv anzuwenden.



1.2. Friedensarbeit

Für den Ausbau der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in den Ländern der Östlichen Partnerschaft wurden 2014 im Bundeshaushalt erstmals 5 Millionen Euro bereitgestellt, die überwiegend für Projekte in der Ukraine verwendet wurden. 2015 wurden die Mittel auf 15 Millionen

erhöht. 2016 wurde der Ansatz um Russland erweitert und erstmals auch die Förderung mittelfristiger Projekte von bis zu drei Jahren ermöglicht. Dass im letzten Jahr 825 Projektideen mit einem Volumen von ca. 65,5 Mio. Euro eingegangen waren, zeigt, dass die Zivilgesellschaft deutlich mehr leisten könnte.

Zusätzlich zur staatlichen Förderung engagieren sich aber auch hunderte deutsche Initiativen und (kirchliche) Hilfswerke (fast) unabhängig von staatlicher Unterstützung und in der Summe ebenfalls millionenschwer.

Im Gegensatz zu den meisten aktuellen Krisenherden gibt es in der Ukraine nicht nur eine weit entwickelte Zivilgesellschaft, sondern auch ein gut entwickeltes Netz deutsch-ukrainischer Initiativen. Allerdings sind die vorhandenen Organisationen der Zivilgesellschaft in Kiew und wenigen Zentren (Lwiw, Charkiw, Odessa...) sehr viel besser entwickelt als im Rest des Landes. Zudem sind in den letzten zwei Jahren unzählige neue Freiwilligenorganisationen entstanden, die die gewachsenen Strukturen der Zivilgesellschaft bereichern, und jahrelange Dogmen, wie die Abhängigkeit von ausländischen Geldgebern in Frage stellen.

Die Ausgangssituation für zivilgesellschaftliche Friedensarbeit ist besonders gut, unter anderem weil die Ukraine im Vergleich zu anderen Konfliktzonen über ein relativ niedriges Gewaltniveau und eine ausdifferenzierte Medienlandschaft verfügt. Zivilgesellschaftliche Bewegungen üben einen starken Einfluss auf Politik, Verwaltung und Armee und somit auch auf den Friedensprozess aus. Neben der politischen Lösung des Konflikts mit Russland, auf den die Zivilgesellschaft nur indirekten Einfluss hat, gibt es wichtige Problembereiche, die nur mit zivilgesellschaftlichem Engagement zu lösen sind. Dazu zählen die Neuregelung des Verhältnisses zwischen Bürger und Staat, die Einhegung gewaltsamer Proteste, die Bewältigung von Kriegstraumata und Wiedereingliederung der Kämpfer, die Hilfe für Binnenflüchtlinge, der Schutz vor politischer Verfolgung, vor allem in den besetzten Gebieten, und die menschenrechtliche Aufarbeitung von Kriegsverbrechen.



Nur die allerwenigsten ukrainischen und in der Ukraine tätigen Organisationen verfügen über Erfahrungen in Kriegsgesellschaften. Bewährte internationale Organisationen der zivilen Konfliktbearbeitung haben dagegen erst begonnen entsprechende Länderkompetenz aufzubauen. Daher ist es notwendig, gegenseitige Lernprozesse zwischen diesen Akteuren anzuregen und darauf zu achten, das enorme Potenzial kleinerer und neuer Initiativen durch Einbindung und Austausch mit anderen Organisationen und Projekten umzusetzen und zu professionalisieren. Leider findet genau das nur zufällig statt.

Die wichtigste Forderung an die Politik ist es, nicht nur Sondermittel zur aktuellen Krisenbewältigung, sondern außenpolitische zivilgesellschaftliche Schwerpunkte über mindestens fünf bis zehn Jahre zu beschließen. Die Bundesregierung wird noch lange auf das starke und kompetente Engagement der Zivilgesellschaft in der Region angewiesen sein. Es ist wichtig, dass parallel zur schnellen Mittelvergabe die Strukturen der gesellschaftlichen Konflikttransformation und die Partnerbeziehungen mitwachsen und systematisch aufgebaut werden können:

1. *Der Aufbau einer von Politik und Zivilgesellschaft gemeinsam getragenen Stelle zur Koordinierung und Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Friedensarbeit und Konflikttransformation. Diese sollte:*
 - eine Übersicht der geförderten Projekte erstellen und diese miteinander vernetzen,
 - gemeinsam mit deutscher und ukrainischer Zivilgesellschaft, Wissenschaft und dem Auswärtigen Amt Rahmen- und Sektorenkonzepte entwickeln,
 - die beteiligten Projektpartner in Deutschland und der Ukraine durch Beratungs- und Qualifikationsangebote professionalisieren und gemeinsame Lernprozesse organisieren.

2. *Die Bürgerdiplomatie, also die selbstorganisierte Begegnung und Austausch der Menschen über die Grenzen hinweg, ist eine besondere Stärke der deutsch-osteuropäischen Beziehungen.*

Die Förderung darf allerdings nicht bei Begegnungsmaßnahmen stehenbleiben, sondern sollte sich am Ideal langfristiger Partnerschaften orientieren und Synergien mit anderen Projekten ermöglichen, indem die Partnerschaften stabilisiert und professionalisiert werden, und die Netzwerkbildung gefördert wird.



3. *Eine besondere Bedeutung kommt dem bisher sträflich vernachlässigten Ost-Ost-Austausch zu.*

Projekte, die zur Netzwerkbildung und Koordinierung von Aktiven aus der ukrainischen Zivilgesellschaft mit Partnern in der Nachbarschaft inklusive Russland beitragen, sollten daher vorrangig gefördert werden, gegebenenfalls auch ohne deutsche Beteiligung, z.B. durch strukturelle Förderung von Osteuropäischen Netzwerken, zur Vernetzung und Fachaustausch.

4. *Staatliche und zivilgesellschaftliche Programme der Transformationspartnerschaft mit der Ukraine sollten nicht weiter nebeneinander herlaufen.*

Über gegenseitige Information, Austausch- und Beratungsplattformen sollte das Wissen über die jeweils andere Säule verbessert werden und ein Raum zur Bildung gemeinsamer Strategien geschaffen werden.

Die Zivilgesellschaft in der Ukraine und ihre deutschen Partner können wichtige Beiträge zum Frieden in der Ukraine leisten. Über ihre Förderpolitik hätte die Bundesregierung die Möglichkeit, Synergien und Austauschprozesse zwischen den Akteuren zu fördern und so mittelfristig die Wirksamkeit und Professionalität der Arbeit zu erhöhen.

1.3. Gesellschaftskultur

Einer der Gründe für den Ausbruch des Ukraine-Russland-Konflikts scheint im Wunsch vieler Ukrainer nach Zugehörigkeit zur EU gelegen zu haben. Erfolgreiche europäische Integration ist aber sowohl die Frage der strukturellen Anpassungen an die EU, als auch eine Frage der Mentalität.

Die objektiven strukturellen Umstände könnten durch entsprechende Reformen geändert werden (Harmonisierung der Gesetzgebung und Annäherung der Rechtssysteme durch Implementierung von Teilen des EU-Acquis in das nationale Recht, Einführung von EU-Standards in nahezu allen industriellen Bereichen usw.). Für die effektive Umsetzung dieser Veränderungsprozesse ist aber zum Teil die Bevölkerung selbst verantwortlich.



Ohne Änderung der gewohnten Verhaltensweisen können Probleme wie Korruption, Bürokratie, Machtkonzentration auf wenige Akteure, die eng mit der Politik verbunden sind, und viele andere in der Ukraine nie bekämpft werden. Die Ukraine benötigt daher eine neue Gesellschaftskultur, in der der Kernbestand der europäischen Werte implementiert wird. Die Stärkung der horizontalen Kooperation zwischen Deutschland und der Ukraine auf Ebene der Gemeinden, Großstadt-Bezirken, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Universitäten und Schulen sowie einzelnen Wirtschaftsakteuren hilft, eine kritische Masse von Menschen zu bilden, die diese Werte akzeptieren und bereit sind, sie im eigenen Land zu vermitteln.

1.4. Vertrauensbildung

Für das Wohlergehen Europas und zur Bewältigung der Ukraine-Krise müssen die EU-Länder de facto nicht nur mit der Ukraine, sondern auch mit Russland kooperieren. Denn im Konflikt in der Ukraine spielt Russland eine tragende Rolle, eine Befriedung scheint ohne russische Kooperation nicht möglich. Gleichzeitig unterhielten viele EU-Länder gute bilaterale Beziehungen mit Russland, vor allem im Bereich der Wirtschaft.

Das Ziel sollte es also sein, dass eine friedliche Lösung gefunden wird, die allen Beteiligten zu Gute kommt. Dieses Ziel kann jedoch nur durch einen Dialog erreicht werden, zum Beispiel bei trilateralen Konferenzen.

Es ist besonders wichtig, dass die Öffentlichkeit, sprich die Bürger der involvierten Länder, wieder Vertrauen zu einander finden. Deutschland hat stets eine bedeutende Rolle für die russische Bevölkerung gespielt. Seit dem Ukraine-Konflikt wird in der russischen Öffentlichkeit eine engere Beziehung zwischen Deutschland und den USA wahrgenommen. Auf Grund dieser Entwicklung fühlt sich die russische Bevölkerung von den Deutschen verraten. Die russischen Umfragen zeigen einen Vertrauensbruch. Doch auch die Wahrnehmung der Deutschen gegenüber der russischen Bevölkerung hat sich negativ verändert. Sie entwickeln eine Art Furcht gegenüber "den Russen". Das Vertrauen verschwindet. Die Krise wirkt sich unter anderem besonders auf die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen aus. Die Anzahl der abgeschlossenen Geschäfte zwischen deutschen und russischen Unternehmen ist stark zurückgegangen. Dies hängt auch mit den von allen EU-Ländern inklusive Deutschland mitgetragenen EU-Sanktionen und den von



Russland verhängten Sanktionen zusammen. Unter anderem ist aber auch der Mangel an gegenseitigem Vertrauen ausschlaggebend.

Im Gegensatz zu der momentan instabilen Deutsch-Russischen Beziehung entwickelt sich das Vertrauen und somit auch die Beziehung zwischen Deutschland und der Ukraine in eine positive Richtung. Deutschland zeigt großes Interesse an der Stabilisierung der Ukraine. Die Bundesregierung unterstützt die Ukraine in der Annäherung an europäische Strukturen und steht mit ihr in einem ständigen politischen Austausch. Immer mehr Bundesländer, Städte und Gemeinden, Universitäten und Schulen, private Vereine und Einzelpersonen haben einen großen Anteil an der Deutsch-Ukrainischen Beziehung. Über das internationale Stipendienprogramm des Deutschen Bundestages („IPS“) und ein Hospitationsprogramm von Auswärtigem Amt und Deutscher Botschaft Kiew haben ukrainische Nachwuchskräfte beispielsweise die Möglichkeit den Bundestag, das Auswärtige Amt und anderen Einrichtungen zu besuchen.¹

Ein möglicher Lösungsansatz zum Aufbau von Vertrauen zwischen Deutschland, Russland und der Ukraine wäre es, die Kommunikation der russischen, ukrainischen und deutschen Bevölkerung untereinander zu verbessern. Es ist außerordentlich wichtig, dass gerade diese drei Nationen in den Dialog treten und Deutschland als Vermittler zwischen den beiden Ländern fungiert. Denn die Ukraine und Russland sehen Deutschland nach wie vor als eines der stärksten Länder, das zudem stets den Dialog mit allen Parteien sucht und erfolgreiche Kompromisse befähigen kann. Dieser Konflikt braucht einen Vermittler, der keine direkte emotionale Bindung aber ein bereits vor der Krise existierendes Vertrauensverhältnis zu den beiden Ländern hat. Die mehrtägigen Konferenzen sollen einen informellen und einen formellen Teil beinhalten. Sie ermöglichen gegenseitige Verständigung und erfolgreichen Dialog zuerst auf der persönlichen und dann auf der politischen und wirtschaftlichen Ebene.

Wie gut eine solche mehrtägige Plattform funktionieren kann, zeigt die „Deutsch-Russische Young Leaders Konferenz“. Sie findet jährlich abwechselnd in Russland und Deutschland statt. Dabei versammeln sich russische und deutsche Nachwuchskräfte aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Medien. Die dreitägige Konferenz enthält neben kulturellen Aktivitäten auch Diskussionen, welche für die momentane Russland-Deutschland-Beziehung

¹ Quelle: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Ukraine/Bilateral_node.html



signifikant sind. Im Zentrum der letztjährigen Konferenz in Kasan stand die Frage, wie das deutsch-russische Vertrauen angesichts der schwierigen Lage wiederhergestellt werden kann. Diese Fragestellung wurde in sieben parallel stattfindenden Gruppen diskutiert. Was sehr gut beobachtet werden konnte, war, dass gegenseitiges Interesse, Kontaktfreudigkeit und Vertrautheit gegenüber der anderen Kultur vorhanden waren. Die Teilnehmer haben versucht, auf der persönlichen Ebene gemeinsam eine Lösung zu erarbeiten, die die Interessen beider Länder zufriedenstellen kann. Dies könnte auch auf trilateraler Ebene mit Ukrainern sehr gut funktionieren.

Dabei soll es um Konferenzen nicht nur für Geschäftsleute, Wissenschaftler und Politiker, sondern für verschiedene Berufs- und Altersgruppen gehen. Es ist wichtig, dass viele diverse Bevölkerungsschichten in einen Dialog treten und gegenseitiges Vertrauen aufgebaut werden kann. Denn nur so kann der Wille entstehen, in schwierigen Zeiten humanitäre Hilfe zu leisten. Besonders soll der Fokus auf Schüler und Studenten der beteiligten Länder gelegt werden. Sie befinden sich in einem permanenten Lernprozess und sind noch auf der Suche nach individuellen Potenzialen und nach eigenen Stärken. Durch die mehrtägigen Konferenzen wird das Verständnis zwischen den Kulturen schon in den jungen Jahren positiv beeinflusst. Es werden neue Freundschaften und neue Lösungswege für das zukünftige Zusammenleben entstehen. Die Beteiligten können durch den informellen Teil nicht nur die anderen Teilnehmer privat kennenlernen, um ihre Ansichtsweisen besser nachvollziehen zu können, sondern auch den Staat, in dem diese leben.

1.5. Befähigung der ukrainischen Bevölkerung zur gewaltfreien Friedenssicherung

Es muss klar sein, eine Lösung kann nicht durch Krieg erfolgen, sondern nur durch Gespräche und Einigungen zwischen den Parteien. Während es an den Ukrainern liegt, sich auf Gespräche einzulassen, kann eine positive Entwicklung von außen gefördert werden. So können Vermittler in die entsprechenden Gebiete entsendet werden und es können Multiplikatorenschulungen in Verhandlungsführung sowie Multiplikatorenworkshops zu Konfliktanalyse und –bearbeitung angeboten werden, um die Bürger langfristig bei Konfliktlösungen zu unterstützen.



Schon die Abspaltung der größten Teile „Neurusslands“ wurde nicht durch militärische Mittel sondern zivilen Widerstand verhindert. Dort wo sich die lokalen Eliten, Verwaltungen und Bevölkerung schnell und entschlossen gegen die Separatisten stellten, hatten lokale Separatisten und russische Provokateure keine Chance. Nur im Donbass, wo sich die lokalen Eliten lange Zeit, selbst nach dem Auftreten militärischer Kommandos in Slawjansk und Kramatorsk am 12. April 2014 ambivalent und abwartend verhielten, kam es überhaupt zur militärischen Konfrontation. Der Versuch des Oligarchen Rinat Achmetow in letzter Minute (am 19. Mai) durch zivilen Widerstand und Proteste gegen die sogenannte Donetsk Volksrepublik zu vermeiden, kam zu spät.

Sobald die Menschen in der Ukraine geeint sind, sollte es ihr Ziel sein, durch gewaltfreien Widerstand und zivilen Ungehorsam den Krieg zu beenden. Eingeständnisse gegenüber einer der kriegsführenden Parteien dürfen nicht gestattet werden, sofern sie nicht dem Ziel des Friedens dienen. Von Unterstützung militärischer Organisationen, wie der NATO, sollte dabei abgesehen werden. Der Widerstand sollte ganz im Sinne des ukrainischen Volkes geschehen und ein Eingreifen westlicher Organisationen darf nur dem Zweck der Einigung und Organisation der Bürger dienen, nicht aber der Beeinflussung dieser. Außenstehende, unabhängige Experten sind jedoch hilfreich, um Gewaltausbrüche zu beobachten und möglichst zu verhindern. Neben der OSZE sind dabei auch zivilgesellschaftliche Modelle und Organisationen sinnvoll, wie die erfolgreiche Begleitung des Waffenstillstands auf den Philippinen unter Leitung der Nonviolent Peaceforce.

Sofern diese Phase ein Erfolg war, können die Verhandlungen innerhalb der Ukraine wieder voll aufgenommen werden. Wichtig hierbei ist weiterhin, Konfliktlösungen durch Experten zu unterstützen und dafür zu sorgen, dass neu getroffene Entscheidungen gänzlich den Menschen dienen. Auch hierbei sollten sich die westlichen Mächte nicht in die Neuorganisation der Ukraine einmischen, sondern lediglich dafür sorgen, dass die Interessen der Vielen und nicht der Wenigen durchgesetzt werden. Deswegen ist es wichtig, die diplomatische Rolle eines neutralen Vermittlers, der mit allen Konfliktparteien anerkannt wird, mit ihnen vertrauensvoll sprechen kann und respektvoll umgeht, weiterhin zu besetzen. Einseitige Unterstützung können sich Drittländer, die wirklich wollen, dass ein Ende des Konflikts erreicht wird, vor diesem Hintergrund nicht leisten.



1.6. Medienberichterstattung:

Ein grundlegendes Problem liegt darin, dass die russische Staatsführung in der modernen liberal-demokratischen Staatsordnung eine existentielle Bedrohung zu sehen scheint, nicht nur für sich selbst, sondern für das ganze Land.

Deswegen ist die Frage nach Friedensansätzen für die Ukraine und ganz Europa auch die Frage nach Möglichkeiten, Russland diese irrationale Angst vor der Moderne zu nehmen, denn Frieden in Europa ist ohne Russland nicht möglich.

Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen in Russland erfahren, wie demokratische Gesellschaften funktionieren, was freie Wahlen bedeuten, wie wichtig die Meinungsfreiheit ist und welche Vorteile das demokratische System für den Einzelnen bringt, auch wirtschaftlich. Kurzum: warum Demokratie günstiger, also besser ist.

Wir dürfen keine Angst davor haben, uns noch intensiver für die objektive Berichterstattung in der russischen Sprache einzusetzen, und die Schlüsselrolle sollte dabei weiterhin die Deutsche Welle spielen.

Wenn es um die Sicherheit Europas geht, scheint Russisch eine deutlich wichtigere Sendesprache der Deutschen Welle als Arabisch oder Englisch. Statt zu versuchen, mit CNN und BBC im englischsprachigen, also überwiegend bereits demokratischen Raum zu konkurrieren, sollte die Deutsche Welle sich auf das Land konzentrieren, das direkt entscheidend bei der Frage nach europäischen Sicherheit ist – also Russland. Viele Russen sprechen kaum oder schlecht oder gar nicht Englisch, sie haben somit viel weniger Zugang zu freien Information.

Die vom russischen Staat unabhängige, professionelle Berichterstattung in der russischen Sprache sollte die oberste Priorität der Deutschen Welle werden. Jeder Euro, der in die objektive Information der russischen Gesellschaft investiert wird, ist eine Investition für den Frieden in Europa.

Denn Worte sind wichtiger als Waffen. Und daher ist ein Goethe-Institut irgendwo in Sibirien wichtiger für den Frieden in Europa als zehn Panzer in Estland. Abschreckung funktioniert nur kurzfristig, langfristig wirksamer ist die starke Anziehungskraft des freiheitlichen, westlichen Lebensstils. Also müssen wir Europa für Russland und die Russen wieder attraktiv machen, und das wird niemals mit militärischen Mitteln gelingen. Austauschprogramme, Reisen, Sprachkurse,



freie Medien – je mehr wir mit Russland reden, desto besser. Schließlich werden Konflikte da gelöst, wo sie entstehen – in den Köpfen.

2. Politische Lösungsansätze Verantwortung der EU

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union hegen den gemeinsamen Traum, eingedenk der historischen Bedeutung der Überwindung der Teilung des europäischen Kontinents, ein europäisches Haus aller europäischen Völker in guter Nachbarschaft zu bauen. Eine Union ehemaliger Kriegsgegner und Kriegsoffer im blutigsten Jahrhundert der Geschichte, die nunmehr in freundschaftlicher Verbundenheit auf der Grundlage von Menschenwürde, Freiheit, Demokratie und Recht gemeinsam eine stabile und friedliche Zukunft in Europa und der Welt gestalten wollen. Die Europäische Union hat diesen Traum in den letzten Jahrzehnten für weite Teile des Kontinents in die Tat umgesetzt. Sie ist als Friedenstifterin unter ihren Mitgliedern mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden. Sie wirkt durch wirtschaftliche Vernunft, Transparenz, Rechtsstaatlichkeit und vor allem durch das Prinzip der Integration. Integration ist das Primat des enger Werdens und des Zusammenwachsens der europäischen Völker. Das Europäische Haus, das von dieser integrativen Dynamik lebt, braucht daher die Ukraine, braucht die Nähe der zur Gemeinsamkeit entschlossenen Staaten. In dieses Haus gehört ohne Zweifel auch Russland. Erst wenn alle europäischen Völker auf diesem humanistischen Fundament leben, können wir auf einen dauerhaften Frieden in Europa und in der Welt hoffen.

Aus dem Engagement vieler Ukrainer für eine freiheitliche Ukraine und die europäische Idee auf dem Majdan folgt eine Verantwortung der Europäischen Union für die Ukraine und umgekehrt. Das Referendum in den Niederlanden hat gezeigt, wie sehr eine bankrotte, hilflose Ukraine den antieuropäischen Kräften Auftrieb verleiht. Gleichzeitig ist eine schwache Ukraine auch anfällig für russische Destabilisierung, z.B. durch militärische als auch propagandistische Übergriffe. Eine weitere Destabilisierung der Ukraine durch Russland hätte verheerende Folgen für die Strahlkraft des europäischen Gedankens. Daher ist es im Interesse der EU – nach innen wie nach außen – einer solchen Situation durch Maßnahmen zur Stabilisierung der Ukraine entgegenzuwirken.

1. Erhöhung der Kosten für den Fall einer weiteren militärischen Eskalation



Die russische Regierung scheint momentan ein relativ wenig verlässlicher Verhandlungspartner, scheint aber berechenbar, insofern als Opportunitätserwägungen für sie eine Rolle spielen. Es gibt Stimmen, die mein, dass die Institutionen der EU, aber auch die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten für sich daher politisch und diplomatisch deutlich machen müssen, dass eine erneuten Verschiebung der Minsker Demarkationslinie automatisch empfindliche Kosten für Russland verursachen wird. Dabei sollte es sich um erhebliche Konsequenzen handeln, die als friedliches Mittel dazu geeignet sind, Russland von weiterer militärischer Aggression abzuhalten. Diese sollten isoliert vom Minsker Friedensprozess ein klares Eskalationsszenario formulieren. Dabei sollten sich wirtschaftliche und militärische Instrumentarien ergänzen. In wirtschaftlicher Hinsicht wären die automatisch eintretende Ausweitung des Handelsembargos. Darüber hinaus sind auch ein Boykott der Fußball-Weltmeisterschaft 2018 durch die europäischen Nationalmannschaften oder ein Investitionsverbot für europäische Unternehmen im russischen Wirtschaftsraum potentiell geeignet.

In militärischer Hinsicht geht es nicht darum, den Krieg militärisch lösen zu wollen, sondern darum, die Kosten einer solchen Lösung durch Russland empfindlich zu erhöhen. Auch hier braucht es angekündigte und für alle Seiten transparente automatisch eintretende Schritte, klar unterhalb der Eskalationsschwelle eines direkten Eingreifens von NATO-Truppen in der Ukraine. Im Falle einer Überschreitung der derzeitigen Kontaktlinie wären dann z.B. auch eine wirklichkeitsnahe Diskussion von Waffenlieferungen nicht mehr ausgeschlossen. Die logistische, organisatorische und informationelle Unterstützung der ukrainischen Armee sollte bis zum völligen Abzug russischer Truppen fortgesetzt werden, um die Leistungsfähigkeit der Streitkräfte soweit zu stärken, dass sie aus sich selbst heraus im Stande sind, gezielt und so entscheidend Widerstand zu leisten. Russland müsste dann weitaus höhere Interventionskosten fürchten und verdeckte Operationen dürften undurchführbar werden.

Zu diesem Ansatz gehört auch, dass die NATO erklärt einem Antrag der Ukraine auf Mitgliedschaft nur zuzustimmen, wenn sich die Bevölkerung der Ukraine in einem landesweiten Referendum (in den nicht besetzten Gebieten) dafür entscheidet. Dies hat präventive Wirkung, da sich in den vergangenen zwei Kriegsjahren gezeigt hat, dass der Mitgliedschaftswunsch der Ukrainer und Ukrainerinnen in direkter Abhängigkeit zum Maß der russischen Aggression gegenüber ihrem Land steht.

2. Verbesserung der Flüchtlingssituation, Wiederaufbau kritischer Infrastruktur



Die EU sollte selbst mit eigenen Mitteln die Situation der Binnenflüchtlinge in der Ukraine verbessern. Insbesondere in den östlichen Regionen etwa in Charkiw und Dnjepropetrowsk, wo viele ältere und mittellose Flüchtlinge aus dem Kriegsgebiet Schutz fanden, ist massiver Wohnungsbau nötig, einschließlich der Herstellung der notwendigen Infrastruktur, wie Krankenhäuser, Kindergärten und Schulen. Als Vehikel könnte dabei auf den Europäischen Entwicklungsfonds zurückgegriffen werden. Notwendig ist eine schnelle Hilfe unter unmittelbarer europäischer Aufsicht. Das Programm dürfte gleichzeitig einen positiven Effekt auf die ukrainische Wirtschaft haben. Die Aufträge sollten im Joint Venture von ukrainischen und europäischen Unternehmen erfolgen. Soweit es die militärische Lage in den Frontabschnitten zulässt, drängt es zum Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten kritischen Infrastruktur (Krankenhäuser, Stromzufuhr, Frischwasseraufbereitung) im Oblast Donezk und Luhansk mit europäischer Unterstützung. Straßen müssen provisorisch wiederhergestellt werden, um die Versorgung der Gebiete sicherzustellen. Durch diese Maßnahmen würden die leidgeprüften Menschen vor Ort den Rückhalt der Europäischen Union spüren und die Möglichkeit erhalten einen Neuanfang zu wagen. Diese Investitionskosten dürften deutlich unter den Kosten liegen, die entstehen werden, wenn die Fluchtursachen fortbestehen oder sich noch verschlimmern.

3. Marshallplan durch zweckgebundene Finanzhilfen

Die EU muss bereit sein, in die Modernisierung des Landes zu investieren, die Idee eines „Marshallplans“ wurde Text bereits angerissen. Die Ukraine verfügt über erhebliche Bodenschätze, hat zugleich einen hohen Modernisierungsbedarf in der verarbeitenden Industrie, sie verfügt über einen hohen Anteil fruchtbarer Schwarzerde, die Landwirtschaft könnte jedoch bei effektiverer Bewirtschaftung ihren Ertrag noch deutlich steigern, es besteht ein geringes Lohnniveau bei einem hohen Bildungsniveau insbesondere junger Arbeitnehmer. Die EU könnte daher über Subventionen und Bürgschaft ein gutes Investitionsklima für europäische Investoren schaffen. Zugleich kommen direkte Finanzhilfen an den ukrainischen Staat in Frage. Diese könnten etwa zur Bekämpfung der Korruption ein Teil des Justizhaushalts ausmachen, um der Ukraine Gelegenheit zu geben, das Justizpersonal auszutauschen und den neuen Richtern und Staatsanwälten ein angemessenes Gehalt zu zahlen. Jegliche Form der finanziellen Unterstützung sollten an konkrete Reformfortschritte des ukrainischen Staates gebunden werden. Dabei sind Reformen des Parteien- und Wahlrechts, des Vergaberechts, des Steuerwesens, sowie des Justizwesens grundlegende Voraussetzung, um die Korruption zu bekämpfen und



Rechtssicherheit und damit Investitionssicherheit zu schaffen. Bei diesen Reformen sollte die Europäische Union der ukrainischen Regierung europäische Beratergruppen zur Seite stellen.

4. Klare Beitrittsperspektive für die Ukraine

Jenseits der normativen und pragmatischen Gründe, die aus Sicht Europas und der Ukraine für oder gegen die EU-Beitrittsperspektive der Ukraine sprechen, lassen sich aus empirischer Sicht folgende Aussagen treffen:

Unterstützung der ukrainischen Zivilgesellschaft und zweckgebundene Finanzhilfen, wie etwa zur makroökonomischen Stabilisierung der Ukraine, sind zwar weiterhin dringend notwendig, reichen aber alleine nicht aus, um einen mittel- und langfristigen Wandel des institutionellen Geflechtes der Ukraine herbeizuführen.

Politikwissenschaftler (siehe beispielsweise Schimmelfennig 2004, Börzel 2015), die den (institutionellen) Wandel in Ländern der süd- und osteuropäischen Nachbarschaft untersucht haben, haben festgestellt, dass tiefgreifender Wandel sehr eng mit der (positiven) Konditionalität der EU verbunden ist. Die Konditionalität, die den Wandel auf unterschiedlichen Ebenen erzwingt, ist in der Breite am effektivsten, wenn sie mit der EU-Beitrittsperspektive verknüpft ist (Anreizmodell).

Gleichzeitig ist Russlands Opposition zur West-Annäherung der Ukraine zu berücksichtigen. Die Frage ist jedoch, wie weit man Russland, das bis 2012 nichts gegen eine hypothetische EU-Mitgliedschaft der Ukraine einzuwenden hatte (Handelsblatt 2014), entgegenkommen kann. Unter Berücksichtigung erklärter russischer Sicherheitsinteressen könnte man die Ukraine überzeugen, einen NATO-Beitritt (wieder) gesetzlich auszuschließen. Ob Russland einer „finnlandisierten“ aber westgewandten Ukraine auf den Weg nach Europa grundsätzlich wieder positiv gegenüberstehen kann, ist in der aktuellen Situation kaum vorzustellen. Dennoch wäre das ein generell akzeptabler Kompromiss (siehe Punkt „Außenpolitische Neutralität“).

2.2. Möglichkeiten für einen deutschen Beitrag



Obwohl Lösungen für Konflikte von den jeweiligen Konfliktparteien gefunden werden müssen, können Außenstehende sie dabei auf vielfältige Weise unterstützen. Externe können z.B. benennen, welche Gemeinsamkeiten aus Sicht eines Dritten zwischen den Konfliktparteien bestehen, an die konstruktiv angeknüpft werden könnte.

Außenstehende können auch dadurch helfen, dass sie eigene Erfahrungen mit gelungener Konfliktbearbeitung bzw. Problemlösung weitergeben. Für die sehr zentralistische Ukraine, die viele berechtigte Forderungen ihrer Bürgerinnen und Bürger derzeit nicht erfüllt, könnte es z.B. hilfreich sein, wenn deutsche kommunalpolitisch Aktive vor Ort über die Vorteile der Verlagerung von finanziellen Ressourcen und Entscheidungskompetenzen auf die kommunale oder regionale Ebene berichten. Deutschland kann auch viele Erfahrungen mit den langfristigen Vorteilen einer echten Gewaltenteilung in einem demokratischen Staat beisteuern.

Innerhalb der Ukraine wird intensiv über das Für und Wider einer Dezentralisierung, über die Frage, wie mit den separatistischen Gebieten in der Ostukraine umgegangen werden kann, über Wege zur Korruptionsbekämpfung und viele Fragen mehr diskutiert. Hier können Externe Gesprächsmoderation, Mediation, Einschätzungen dazu, welche Nebeneffekte bestimmte Entscheidungen voraussichtlich haben werden, anbieten.

Um die aktuelle Blockade der Verfassungsreform in der Ukraine aufzubrechen, könnte eine gezielte Diskussion mit ukrainischen Kommunalpolitikern und –verantwortlichen darüber begonnen werden, welche Vorteile eine Dezentralisierung den Städten und Kommunen bringt. Das wäre auch, aber nicht nur im Rahmen bestehender oder zusätzlicher Städtepartnerschaften möglich.

Damit die Bürgerinnen und Bürger der Ukraine bestimmte Diskussionsprozesse mittelfristig selbstständig konstruktiv gestalten können, können von Externen Multiplikatorenschulungen in Verhandlungsführung sowie Multiplikatorenworkshops zu Konfliktanalyse und –bearbeitung angeboten werden.

Wichtig ist weiterhin die Unterstützung durch neutrale bzw. unparteiliche Beobachtungsteams im Rahmen der OSZE-Beobachtungsmission zur Vertrauensbildung zwischen den Konfliktparteien in der Ostukraine und zur Reduzierung von Waffenstillstandsverletzungen und die politisch-diplomatische Begleitung des Minsk-Prozesses.

In der Ukraine sind vielfältige Akteure aus Deutschland, der EU und der NATO politisch und wirtschaftlich aktiv. Innerhalb unserer politischen Strukturen sollten wir versuchen, zu verhindern, dass ihre Aktivitäten sich konflikteskalierend auswirken oder zum Erhalt jener



Strukturen beitragen, die derzeit echte, tiefer greifende Reformen im Land behindern. So müssen z.B. eventuelle Schmiergeldzahlungen durch europäische Firmen an ukrainische Beamte oder Politiker konsequent juristisch verfolgt werden.

2.3. OSZE

Zur Lösung des Konflikts muss der Dialog zwischen den Regierungen der beteiligten Staaten erfolgen. Die Verantwortung dafür trägt dieses Jahr ganz besonders Deutschland, welches den Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) übernommen hat. Mit dem OSZE-Vorsitz fungiert Deutschland als Vermittler, dessen Aufgabe es sein sollte, den Dialog aller Teilnehmerstaaten langfristig zu stärken. Die Unterstützung der OSZE sollte verstärkt werden, damit mögliche Auseinandersetzungen verhindert werden können und die Sicherheit der Bürger gewährleistet wird.

Hier muss Deutschland sich unermüdlich engagieren und eng mit der Special Monitoring Mission vor Ort und der Zentrale der OSZE in Wien zusammenarbeiten, um die Rolle der OSZE und ihre konkreten Möglichkeiten in der Ukraine nachhaltig und auch über die deutsche OSZE-Präsidentschaft hinaus zu stärken. Gleichzeitig muss Deutschland mit so viel diplomatischem Nachdruck vorgehen, dass die Konfliktparteien, insbesondere Russland, die OSZE und ihre gewichtige Rolle als Vermittler in diesem Konflikt anerkennen.

Dies ließe sich durch vermehrte Besuche deutscher Spitzenpolitiker in der Ukraine bei der OSZE, und auch gemeinsamen Delegationen von deutschen Politikern und hohen OSZE-Repräsentanten, zum Beispiel nach Moskau und Kiew, erreichen.

Es kann auch hilfreich sein, darauf zu verweisen, welche Verträge und Vereinbarungen, die im Rahmen der OSZE geschlossen wurden und vertrauensbildende Maßnahmen enthalten, nach wie vor funktionieren. Dazu gehören insbesondere der Vertrag über den Offenen Himmel, der Beobachtungsflüge der Vertragspartner (zu denen auch Russland und die Ukraine gehören) über den jeweiligen Territorien regelt, und das für alle OSZE-Staaten verbindliche Wiener Dokument, in dem u.a. Manöverbeobachtungen geregelt werden. Deutschland hat angekündigt, während seines OSZE-Vorsitzes Vorschläge zur Weiterentwicklung des Vertrags über den Offenen Himmel und das Wiener Dokument zu machen. Sowohl russischen als auch ukrainischen



Gesprächspartnern gegenüber sollte Deutschland betonen, dass jegliche Diskussionen darüber begrüßt und unterstützt werden.

2.4. Außenpolitische Neutralität

Die vielfältigen Probleme innerhalb der Ukraine, die wiederkehrenden Regierungskrisen und der schwelende außenpolitische Konflikt machen das Szenario eines „failed state“ möglich. Erschwerend für die Konfliktlösung wirken sich zum Beispiel die unterschiedlichen Problematiken der Regionen in der Ost- und Westukraine aus. Auch weitere internationale Konflikte, wie der Syrienkonflikt, verkomplizieren das Finden einer Verhandlungslösung zwischen den außenpolitischen Akteuren Russland, EU, NATO und USA, da die Einsätze der jeweiligen Parteien erhöht wurden.

Alle diese Probleme und Konflikte müssen angegangen werden, um eine langfristig friedliche Entwicklung einer geeinten Ukraine zu garantieren.

Eine solche Lösung würde voraussetzen, dass alle Akteure ein kooperatives Verhalten an den Tag legen. Der mögliche Kompromiss müsste das Ende der Kämpfe im Osten des Landes, die Einheit der Ukraine als Staat, eine Entscheidung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und einen Kompromiss über die außenpolitische Orientierung des Landes beinhalten. Außenpolitisch wäre dabei aufgrund der gegensätzlichen Positionen nur die Neutralität der Ukraine als eine für alle Seiten akzeptable Lösung denkbar.

Dieser hier skizzierte Verlauf ist eher unwahrscheinlich, stellt jedoch eine theoretische Alternative zur Eskalation oder zum „Einfrieren“ des Konfliktes dar.

Für eine derartige Lösung bieten sich unser Auffassung nach Entwicklungen in drei Phasen an:

1. Phase: Schaffung von Frieden
2. Phase: Stabilisierung und Übergang
3. Phase: Entwicklung zu einer außenpolitisch neutralen Ukraine

In der ersten Phase muss Frieden geschaffen werden, dies ist die Basis für alle weiteren Maßnahmen. Dafür muss das Minsker Abkommen durch die unmittelbar (Ukraine, Separatisten) und mittelbar (EU, NATO, USA, Russland) beteiligten Konfliktparteien umgesetzt und eingehalten werden. Ein entscheidender Punkt ist die Beendigung der immer wieder aufflammenden Gefechte an der Front zwischen Militär und Separatisten. Hierfür müssen die Truppen



wechselseitig und schrittweise reduziert werden, insbesondere die schweren und weitreichenden Waffen. Dieser Abzug muss zudem effektiv durch die OSZE kontrolliert werden.

Die OSZE als einzige internationale Organisation, in der alle Konfliktparteien derzeit zusammenarbeiten, hat während der ersten Phase eine zentrale Rolle. Sie bietet eine Verständigungsplattform zwischen den Konfliktparteien und zwingt die Mitgliedsstaaten durch das Konsensprinzip, nach tragfähigen Kompromissen zu suchen. Des Weiteren ist die OSZE mit der Beobachtermission bereits involviert und verfügt über geeignete Instrumente an vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen.

Zudem müssen die innenpolitisch relevanten Kräfte, wie die einzelnen Separatistengruppen und Parteien, aber auch die Oligarchen³, für ein Konzept gewonnen werden, das die Autonomie der einzelnen Regionen fördert und langfristig zu einem föderalen Regierungssystem führt. Dabei müssen auch die außenpolitischen Akteure dem Konzept offen gegenüberstehen und die Umsetzung begleiten. Dies sollte unter der Maßgabe geschehen, dass mittelfristig eine außenpolitisch neutrale Ukraine gegenüber der NATO/EU und Russland entsteht.

Nach dem die Kernaufgabe der 1. Phase, die Schaffung von Frieden, schrittweise erfolgreich umgesetzt wurde und kriegerische Handlungen komplett eingestellt sind, muss es das Ziel sein, den Frieden zu stabilisieren und mit dem Wiederaufbau der Regionen zu beginnen. Der Frieden kann durch eine Stärkung aller ukrainischen Regionen verbunden mit mehr Autonomie und der Einführung einer föderalen Staatsstruktur erreicht werden. Ist über die Ausrichtung der Ukraine ein gemeinsamer Konsens zwischen allen Akteuren ermittelt, so stellt dies auch die Gelegenheit dar, die Sanktionen der europäischen Union gegenüber Russland aufzuheben. Im Gegenzug erlangt die Ukraine die Möglichkeit, sämtliche Außengrenzen des Landes eigenständig und unabhängig zu kontrollieren. Damit der geostrategische Konflikt zwischen der NATO und Russland an dieser Stelle abgeschwächt wird, erklärt die Ukraine ihre Absicht, keine NATO-Mitgliedschaft anzustreben. Ist dies erreicht, verpflichten sich alle Akteure, die Grenzen und die Grenzsicherung durch die Ukraine anzuerkennen.

³ Begriffserklärung : <http://www.dekoder.org/de/gnose/oligarchen>



Eine Entspannung des Konfliktes ist unter der Voraussetzung gegeben, dass auch die wirtschaftlichen Konflikte zwischen der Ukraine und Russland (z.B. über Gaslieferungen) nachhaltig gelöst werden.

Um die Ukraine und ihre Regionen bei der Entwicklung zu unterstützen, ist zudem eine Wirtschaftsförderung im großen Stil notwendig, welche auch eine Vielzahl von Reformen, beispielsweise zur Korruptionsbekämpfung, beinhalten muss. Dabei ist die Ukraine auf Hilfe durch internationale Geldgeber angewiesen.

Sobald die Ziele der Phase 2 erreicht sind, ist es oberste Priorität, die neutrale Haltung von Seiten der Ukraine gegenüber der NATO/Europäischen Union und der Eurasischen Union/Russland zu sichern, damit der Konflikt möglichst langfristig gelöst wird. Wenn die Ukraine sich außenpolitisch neutral verhält, ermöglicht dies eine aktive wirtschaftliche Zusammenarbeit, sowohl mit der Europäischen als auch mit der Eurasischen Union. Diese sollte auch rhetorisch klar von politischer Parteinahme getrennt werden. Daraus resultierend wird die Ukraine nicht erneut vor die Wahl gestellt werden, sich einer Seite anschließen zu müssen, wie es vor dem derzeitigen Konflikt der Fall war. Gleichzeitig entsteht durch eine außenpolitisch neutrale Ukraine eine befriedete Zone in dem geopolitischen Konflikt zwischen der NATO/EU/USA und Russland. Es ist hierbei von äußerster Wichtigkeit für die ukrainische Regierung, nach außen zu tragen, dass es sich bei dieser Neutralität um eine frei gewählte, und auf keinen Fall um einen Souveränitätsverlust handelt. Auch die Partnerländer müssen sich entsprechend verhalten.

Finden die Akteure einen Kompromiss, den alle unterstützen können, und gelingt die Umsetzung, so wären die Voraussetzungen für eine friedliche und geeinte Ukraine geschaffen. Der Staat kann durch die aktive Kooperation mit der Europäischen Union, sowie der Eurasischen Union ein Bindeglied in der Zusammenarbeit der beiden Unionen darstellen. Scheitert das Vorhaben in Gänze, wäre eine Lösung des Konfliktes noch schwieriger, vielleicht wäre dann eine Teilung des Landes unausweichlich.



3. Schlussbemerkung

Das breite Spektrum der vorliegenden Lösungsansätze – von der Vertrauensbildung zwischen Russland und der Ukraine mit Deutschland als Mittler, über den Aufbau einer militärischen Drohkulisse Richtung Russland unter gleichzeitiger Anwendung eines europäischen Marshallplans für die Ukraine bis hin zur außenpolitischen Neutralität der Ukraine – zeigt einmal mehr, dass es keine Patent-Lösung für den Ukraine-Konflikt gibt.

Dieses Projekt zeigt sehr gut, wie unterschiedlich die in der Gesellschaft vertretenen Meinungen sind, und wie stark und wichtig diese Standpunkte für den Einzelnen schon sind. Dadurch kann man sich vorstellen, wie schwierig die Entscheidungsfindung auf Staatsebene, wo unterschiedliche Meinungen zusammenkommen und eigentlich das Volk repräsentiert werden soll, sein muss.

Der Weg aus der Krise wird lang und schwierig sein, und ist wohl nur möglich, wenn alle Konfliktparteien aufrichtig und kompromissbereit sind und Eingeständnisse von ihrer jetzigen Position machen. Dafür ist der ständige, offene, vorurteilsbefreite und konstruktive Dialog ausschlaggebend. Dazu wollen wir mit „Deutschland und der Ukraine-Konflikt“ einen Beitrag leisten.

Dieses Projekt wird gefördert von:



Durchgeführt von:

ATLANTISCHE INITIATIVE



Teilnehmer: Julian Beimes, Vladimir Esipov, Ute Finckh-Krämer, Björn Kunter, Evgenia Laznik, Mattia Nelles, Christian Pieper, Dimitri Stratievski

Projektleitung: Jakobine Janucek